Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 10

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : ein Parlament entmachtet sich selbst
Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143217

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Parlament entmachtet sich selbst

Südafrika-Interpellation: dringlich oder nicht dringlich?

Die Sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat reichte am ersten Tag der Herbstsession 1985 eine Dringliche Interpellation zu möglichen weiteren Massnahmen gegen die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in Südafrika ein. Die dringliche Behandlung noch in der gleichen Session hätte der Zustimmung der Fraktionspräsidentenkonferenz bedurft. Das bürgerliche Nein kam sofort und kompromisslos:

«Das bringt doch nichts!»

«Südafrika – in erster Linie ein Problem der Massenmedien!»

«Waren Sie überhaupt schon in Südafrika?»

«Sanktionen der Schweiz – das widerspricht der Neutralität und der Universalität.»

«In der Interpellation steht ja kein Wort von Afghanistan!»

«Wir müssen zuerst die geopolitischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen sehen.»

Diese Zitate stammen von Nationalräten und Wirtschaftsführern, nicht von irgendeiner Biertischrunde und nicht aus einem rechtsextremen Mitteilungsblättchen! Jeder westliche Staat (ganz abgesehen von den Staaten der Dritten Welt) hat sich in den letzten Monaten mit dem Bürgerkrieg in Südafrika befasst, nur das schweizerische Bürgertum glaubt, es sich leisten zu können, rücksichtslos und kurzsichtig darauf zu verzichten. Selbst der Schein muss vermieden werden, als ob sich das Parlament in die aussenwirtschaftlichen Beziehungen einmischen würde. In unserem Lande bestimmen in vielen Bereichen eben nicht Volk und Regierung, sondern Privatbanken und Exportwirtschaft. Und der Nationalrat nimmt diese Machtverhältnisse einmal mehr durch seinen Verzicht auf Dringlichkeit ohne Murren in Kauf.

Daran ändert auch die tägliche Betroffenheit vieler Menschen, der Kirchen, Gewerkschaften und weiterer Organisationen nichts. Geschäft ist Geschäft, Befehl ist Befehl! Doch die Verletzung der Menschenrechte in Südafrika ist auch eine Verletzung der Menschenrechte bei uns!

In der ganzen Woche bestanden keine Hemmungen, die Interpellation über die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Schweiz und damit im Zusammenhang je einen Vorstoss über die Änderung des Stempelsteuergesetzes, die Wahrung der Schweizer Souveränität, die Schwerverkehrsabgabe, die Empfehlungen der OECD zum Bankgeheimnis sowie die Spionage in der Schweiz zu diskutieren. Man kann wahrlich nicht sagen, die Schweiz sei aussenpolitisch inaktiv, wenn es den Mächtigen in diesem Lande dienlich ist!

Die «organisierte Debatte»

Vor wenigen Jahren wurde sie gesetzlich verankert, blieb aber vorerst toter Buchstabe. Als der Nationalrat in Zeitnot geriet, wurde sie ein erstes Mal gegen die Linke und gegen einzelne Liberale (die heute in den bürgerlichen Fraktionen weitgehend ausgestorben sind) durchgesetzt. Das Ratsbüro setzt willkürlich die Dauer einer Debatte fest und verteilt die

Minuten proportional auf Fraktionen und Fraktionslose. Die Fraktionen ihrerseits verteilen die zugeteilten Minuten auf ihre Sprecher. Die Liste der Redner wird vorgängig verteilt, sie enthält die Reihenfolge, die Zuteilung zwischen 1 und 10 Minuten und ist abschliessend.

Eine organisierte Debatte hat mit Parlament wenig und mit Theaterspektakel viel zu tun. Nur noch die Frage, ob Posse oder Trauerspiel, bleibt offen. Es gibt weniger Entgegnungen, der Raum für Spontaneität und Dialog ist kleiner als der Besenschrank in der Küche. Die Präsenz im Rat ist begreiflicherweise schlechter: Was soll ich zuhören, wenn ich doch nicht direkt reagieren kann? «Ich gehe lieber in mein Büro», sagt mir mein gewissenhafter Nachbar mit guten Gründen, «wenn die Abstimmung kommt, bin ich wieder da. Ich weiss ja die Abstimmung auf die Minute genau!» Wahrscheinlich auch das Ergebnis, denn eine organisierte Debatte dient nicht der Meinungsbildung, sondern ist ein Ritual wie Fahnenübergabe oder Defilée in der Schweizer Armee.

Vielleicht mochte diese Charakterisierung am Anfang als etwas überspitzt erscheinen, ging es doch zuerst um Themen, die nur für eine spezialisierte Minderheit von Bedeutung waren. Aber mit der Debatte über Kaiseraugst wurde erstmals eine zentrale und heisse politische Frage auf solche Weise technokratisiert. Vergeblich wehrte sich namens der SP-Fraktion Prof. Heinrich Ott gegen diese demokratische Tiefstapelei. Ebensowenig hatte er zu Beginn dieser Herbst-Session Erfolg, werden doch nicht weniger als 12 Debatten organisiert durchgeführt (einschliesslich die Diskussion der Flüchtlingsfrage); für 18 Sachgeschäfte gibt es keine oder nur eine beschränkte Eintretensdebatte, das heisst eine Einzelstimme oder eine Einzelmeinung kann nicht mehr zu Worte kommen!

Die organisierte Debatte ist zum Normalfall geworden, die Diskussion findet nur noch vereinzelt statt. Die Parlamentsarbeit dient nicht mehr der Meinungsbildung, sondern dem Abbau der Traktandenliste. Die drei grossen bürgerlichen Parteien können ihre übereinstimmende Meinung mit dreifacher Minutenzahl bestätigen und werden indirekt stärker, die Minderheit schwächer.

Was mich sehr beschäftigt: Wo bleiben die staatspolitischen und demokratischen Säulen des Bürgertums? Wo die Presse? Beruht ihr übereinstimmendes Schweigen auf Selbstzensur oder Beziehungszensur?

Hansjörg Braunschweig

«Wort zum Sonntag» unter Zensur?

NW-Gespräch mit Ivo Meyer

NW: *Ivo Meyer, die Kontrolle der Fernsehsendung «Wort zum Sonntag» ist verschärft worden. Die Texte sind künftig vier Tage vor der Aufzeichnung der Redaktion einzureichen. Wird damit nicht der Zensur Tür und Tor geöffnet? Oder wächst dadurch nicht zumindest die Gefahr der Selbstzensur?*

Meyer: Deine Frage bezieht sich auf die «Ergänzungen zur Konzeption» von